

## 125 Mrd. Loch im staatlichen Pensionssystem!

Forderungen des Versicherungsverbands. BAV die Lösung besonders für Junge!

Wir haben schon oftmals über die mittel- bis langfristigen Finanznöte im staatlichen Pensionssystem berichtet. Zuletzt titelten wir **im Feber „Pensionskosten explodieren. Vorsorge ist Pflicht“** – [hier zum Nachlesen...](#)

Schon im vorigen Jahrtausend (!) haben sich regelmäßig Pensionsexperten über die **langfristige Finanzierbarkeit der staatlichen Pensionen ernsthafte Sorgen** gemacht. Dass die Pensionen seither weiterhin pünktlich ausbezahlt werden – trotz dramatischer Struktur-Probleme, wie etwa Überalterung – liegt nur daran, dass die **Steuerzahler indirekt Jahr für Jahr viele Milliarden zuzahlen müssen**, um die Differenz zwischen den Einzahlungen der Arbeitenden und den Auszahlungen für die Pensionisten zu begleichen.

Der **Think Tank Agenda Austria** präsentiert aktuelle Zahlen und legt wieder einmal die Finger in die offene Wunde:

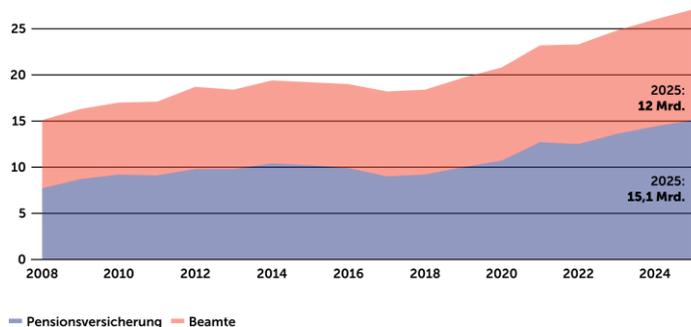
„Wie Österreichs Pensionssystem von den nachkommenden Generationen finanziert werden soll, ist umstritten. Klar ist hingegen, dass immer mehr Steuergelder aufgewendet werden müssen, um die Pensionen auszahlen zu können.“ Und weiter:

„Lag das Defizit vor 13 Jahren noch bei gut 15 Milliarden Euro, wird das **Pensionsloch** bis Ende des **Jahres 2025 auf über 27 Milliarden Euro (jährlich) ansteigen**“, was die einprägsame Grafik rechts anbei zeigt.

Graphik Agenda Austria, basierend auf BMF-Zahlen.

### So hoch sind die jährlichen Zuschüsse ins Pensionssystem

– die Kosten der jährlichen Zuschüsse im Budget, in Milliarden Euro



Quelle: BMF.  
Die Werte ab 2021 sind Prognosewerte. Die Werte von den Zuschüssen stammen aus UG22 und UG23 aus dem Bundesfinanzrahmengesetz.



Um die **Bedrohlichkeit dieser Zahl besser verstehen** zu können, bringt Agenda Austria ein interessantes Zahlenbeispiel:

„In den Jahren 2021 bis 2025 werden in Summe rund **125 Milliarden Euro** aus dem Budget ins Pensionssystem zugeschossen werden müssen. „Das ist mehr als ein Drittel der aktuellen (Gesamt-) Staatsverschuldung. Aber nichts geschieht.“

Konkret hat der Staat Österreich **insgesamt 339,7 Mrd. Euro Gesamtschulden** seit Bestehen des Staates angehäuft. Das kann man unter <https://staatsschulden.at> sekundlich mitverfolgen. Und jetzt kommen also **alle 4 Jahre 125 Milliarden dazu**. Tendenz stark steigend.

Und Agenda Austria erinnert daran, dass **wir heute noch immer so früh in Pension gehen, wie vor 50 Jahren**, obwohl die **Lebenserwartung seither um mehr als zehn Jahre gestiegen ist**. Und fordert daher, dass man das Pensionssystem an die steigende Lebenserwartung koppeln müsse, um zumindest eines der Strukturprobleme in den Griff zu bekommen.

### **Forderungen des Versicherungsverband an die Regierung**

Auch der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs (kurz VVO) erkennt dringenden Reformbedarf: **„Österreich braucht eine starke ergänzende Altersvorsorge.“** Und führt ebenso wie Agenda Austria die demographische Entwicklung, die anhaltende Niedrigzinsphase und die angespannte Budgetsituation („koste es was es wolle“, so das Motto der Corona-Bekämpfung) als Gründe dafür an, warum es eine **Reform der zweiten und dritten Säule der Altersvorsorge** dringend brauche.

### **Förderung der betrieblichen Altersvorsorge**

Der Verband erinnert daran, dass es Unternehmen möglich sei, gemäß § 3 (1) 15a EStG bis zu 300 Euro pro Jahr und Mitarbeiter in eine Lebens-, Kranken- oder Unfallversicherung einzuzahlen. Und weist darauf hin, dass die **Höhe des Freibetrags seit 1975 unverändert** sei. Und fordert daher eine **Valorisierung**, also Wertanpassung des Freibetrags an die seither erlittene Inflation **auf 1.200 Euro** pro Jahr.

### **70 % haben Versorgungsängste in der Pension**

Das wäre auch deshalb sinnvoll und nötig, weil immer mehr Menschen befürchten, im Alter nicht den gewohnten Lebensstil aufrecht erhalten zu können. So wurde kürzlich eine **Spectra-Trendstudie zum Thema betriebliche Pensionsvorsorge** vorgestellt, bei der 71 Prozent der Befragten meinten, dass sie von der staatlichen Pension alleine nicht gut leben werden können. Frauen sind mit 76 Prozent deutlich pessimistischer als Männer (66 %). Die Altersgruppe der **30 bis 39-jährigen haben die geringsten Erwartungen an ihre künftigen Pensionen**: Hier rechnen sogar 77 Prozent damit, dass die späteren staatlichen Leistungen nicht ausreichen werden. Fast alle Befragten (89 %) sehen die betriebliche Altersvorsorge als sehr bzw. wichtig an. **Für Sie als Berater und Beraterin bedeutet das**, dass gerade diese Zielgruppen bevorzugt hinsichtlich einer betrieblichen Vorsorge anzusprechen wären. Damit sich unsere gemeinsamen Kunden und Kundinnen auch in der Pension den gewohnten Lebensstil weiterhin leisten und genießen können.

Quellen: Agenda Austria, Staatsschulden <https://staatsschulden.at>, FondsProfessionell, RisControl